

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
V/50/VOA - 2249

Verantwortliche/r:
Herr Otto Vierheilig

Vorlagennummer:
50/050/2011

**Inklusion - Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention in der Stadt Erlangen
hier: SPD-Fraktionsantrag Nr. 101/2009 vom 23.03.2009;
Antrag der Fraktion Grüne Liste Nr. 63/2010 vom 23.06.2010;
SPD-Fraktionsantrag Nr. 64/2010 vom 24.06.2010;
SPD-Fraktionsantrag Nr. 65/2010 vom 29.06.2010;
SPD-Fraktionsantrag Nr. 49/2011 vom 10.05.2011;**

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	20.09.2011	Ö	Gutachten	verwiesen
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	21.09.2011	Ö	Gutachten	verwiesen
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	27.09.2011	Ö	Gutachten	einstimmig angenommen
Kultur- und Freizeitausschuss	05.10.2011	Ö	Gutachten	einstimmig angenommen
Schulausschuss	06.10.2011	Ö	Gutachten	verwiesen
Sportbeirat	11.10.2011	Ö	Empfehlung	einstimmig angenommen
Sportausschuss	11.10.2011	Ö	Gutachten	einstimmig angenommen
Jugendhilfeausschuss	13.10.2011	Ö	Gutachten	einstimmig angenommen
Kuratorium der Volkshochschule	26.10.2011	Ö	Empfehlung	
Stadtrat	27.10.2011	Ö	Beschluss	
Rechnungsprüfungsausschuss	17.11.2011	Ö	Gutachten	

Beteiligte Dienststellen

Referat V, Amt 50, Behindertenbeauftragter, Forum „Behinderte Menschen in Erlangen“

I. Antrag

1. Alle städtischen Dienststellen sind aufgefordert die Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention bei ihrer Arbeit möglichst umfassend zu berücksichtigen. Die Umsetzungsvorschläge des Forums „Behinderte Menschen in Erlangen“ aus dem Workshop vom 04.05.2011 sollen dabei als erste Anhaltspunkte dienen.
2. Bei der Formulierung der jährlichen Arbeitsprogramme ist künftig das Thema „Inklusion – Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention“ grundsätzlich immer anzusprechen und ein entsprechender Handlungsbedarf, bzw. Verbesserungsmöglichkeiten ausdrücklich zu benennen.
3. Als städtische Beauftragte für alle Fragen der Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention in Erlangen wird künftig Frau Bürgermeisterin Dr. Preuß fungieren.

II. Begründung

Im Dezember 2006 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN Behindertenrechtskonvention – BRK). Die allgemeinen Menschenrechte sind demnach so anzuwenden und auszule-

gen, dass sie auch für Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt in allen Lebensbereichen zur Anwendung kommen. Die Vertragsstaaten sind verpflichtet den Genuss der Menschenrechte und die selbstbestimmte Teilhabe in allen Lebensbereichen durch behinderte Menschen zu gewährleisten (insbesondere Bewusstseinsbildung, Abbau von Barrieren, persönliche Mobilität, Teilhabe am kulturellen Leben, Bildung und Ausbildung oder Arbeit und Beschäftigung).

Durch Transformationsgesetz vom 26.03.2009 ist die BRK auch für Deutschland in Kraft getreten. Damit ist die BRK geltendes Recht – Bund, Länder und Kommunen sind verpflichtet an der Umsetzung der BRK mitzuarbeiten.

Mit den Fragen der Umsetzung der BRK in der Stadt Erlangen hat sich der Sozial- und Gesundheitsausschuss erstmals in seiner Sitzung am 28.06.2011 befasst. Dabei wurde der grundsätzlich partizipative Konsens bei der Umsetzung gebilligt, wonach nicht ein Aktionsplan mit Prioritätensetzung durch die Verwaltung im Vordergrund stehen soll, sondern die Wünsche und die Sichtweise der betroffenen Menschen mit Behinderung vorrangig berücksichtigt werden sollten. Durch das Forum „Behinderte Menschen in Erlangen“ wurde zu diesem Zweck ein umfangreiches Arbeitsprogramm zur BRK-Umsetzung mit zahlreichen Verbesserungsvorschlägen für Erlangen formuliert und den Stadtratsfraktionen im Rahmen eines Hearings im Ratssaal am 04.05.2011 vorgestellt (siehe Anlage).

Nach dem Beschluss des SGA vom 28.06.2011 soll dieses Arbeitsprogramm des „Forums für behinderte Menschen in Erlangen“ mit dem entsprechenden SGA-Beschluss zeitnah in allen Fachausschüssen des Erlanger Stadtrates behandelt werden. Gleichzeitig ist dieses Arbeitsprogramm allen städtischen Dienststellen und Tochtergesellschaften zur weiteren Prüfung der Umsetzbarkeit im eigenen Aufgabenbereich zu übermitteln. Denn die Umsetzung der BRK stellt eine umfassende, fach- und dienststellenübergreifende Aufgabe dar, die eine eigenverantwortliche Berücksichtigung dieser Problematik durch alle städtischen Verantwortlichen in ihrem Arbeitsbereichen erfordert.

Darüber hinaus ist die Umsetzung der BRK in Erlangen keine kurzfristig lösbare, sondern eine dauerhaft zu beachtende Anforderung. Alle städtischen Dienststellen sollten deshalb künftig bei der Formulierung der jährlichen Arbeitsprogramme regelmäßig auch das Thema „Umsetzung der BRK in Erlangen“ berücksichtigen und gesondert ansprechen.

Frau Bürgermeisterin Dr. Preuß hat sich bereiterklärt, als zentrale Ansprechpartnerin innerhalb der Stadtverwaltung für alle Fragen der BRK-Umsetzung zur Verfügung zu stehen.

- Anlagen:**
1. Protokollvermerk aus der SGA-Sitzung vom 28.06.2011
 2. SGA-Beschluss vom 28.06.2011
 3. Vorschläge des Forums „Behinderte Menschen in Erlangen“ aus dem Workshop vom 04.05.2011
 4. SPD-Fraktionsantrag 101/2009 vom 23.03.2009
 5. Antrag Fraktion Grüne Liste Nr. 63/2010 vom 23.06.2010
 6. SPD-Fraktionsantrag Nr. 64/2010 vom 24.06.2010
 7. SPD-Fraktionsantrag Nr. 65/2010 vom 29.06.2010
 8. SPD-Fraktionsantrag Nr. 49/2011 vom 10.05.2011

III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77 am 20.09.2011

Protokollvermerk:

Frau Stadträtin Traub-Eichhorn bittet, diesen Punkt zur Beratung an den HFPA zu verweisen. Hierüber besteht Einvernehmen.

gez. Aßmus
Vorsitzende/r

gez. Hörnig
Schriftführer

Beratung im Gremium: Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 21.09.2011

Protokollvermerk:

Es wird kein Gutachten gefasst. Der Vorsitzende OBM Dr. Balleis stellt zur Debatte, ob das Thema in jedem Fachausschuss oder direkt im Stadtrat behandelt werden sollte. Bei Problemen könnte dann zusätzlich eine Behandlung im Fachausschuss erfolgen.

Frau StRin Pfister bemängelt, dass die Anträge und der Wunsch des Forums weiter aufgeschoben werden. Es wäre ein sinnvolles Vorgehen gewesen, wenn für den Handlungsbereich des HFPA und der entsprechenden Ämter eine Sichtung und ein Vorschlag zur Priorisierung erster Maßnahmen aus dem Forderungskatalog vorliegen würden.

Die SPD-Fraktion beantragt folgende alternative Fassung des Beschlusstextes, die auch alle Ausschüsse und den Stadtrat insgesamt betreffen soll:

1. Die UN-Behindertenrechtskonvention ist von allen städtischen Dienststellen umzusetzen. Die Umsetzungsvorschläge des Forums „Behinderte Menschen in Erlangen“ sollen schrittweise realisiert werden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, noch 2011 ein umfassendes Umsetzungskonzept vorzulegen, das seinen Niederschlag in den Arbeitsprogrammen 2012 (und Folgejahre) findet.
Antrag hilfsweise: Noch im Jahr 2011 werden erste konkrete Maßnahmen aus den Umsetzungsvorschlägen zur Beschlussfassung im HFPA vorgelegt. In den Arbeitsprogrammen 2012 werden die anschließenden Schritte dargestellt.
3. Die Koordination in allen Fragen der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention übernimmt künftig – nach Innen und nach Außen – Frau Bürgermeisterin Dr. Preuß.

Der Vorsitzende OBM Dr. Balleis führt abschließend aus, dass die Anträge aufgenommen und dem Amt 50 zur Stellungnahme zugeleitet werden.

gez. Dr. Balleis
Vorsitzende/r

gez. Friedel
Schriftführer/in

Ergebnis/Beschluss:

1. Alle städtischen Dienststellen sind aufgefordert die Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention bei ihrer Arbeit möglichst umfassend zu berücksichtigen. Die Umsetzungsvorschläge des Forums „Behinderte Menschen in Erlangen“ aus dem Workshop vom 04.05.2011 sollen dabei als erste Anhaltspunkte dienen.
2. Bei der Formulierung der jährlichen Arbeitsprogramme ist künftig das Thema „Inklusion – Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention“ grundsätzlich immer anzusprechen und ein entsprechender Handlungsbedarf, bzw. Verbesserungsmöglichkeiten ausdrücklich zu benennen.
3. Als städtische Beauftragte für alle Fragen der Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention in Erlangen wird künftig Frau Bürgermeisterin Dr. Preuß fungieren.

mit 12 gegen 0 Stimmen

gez. Könnecke
Vorsitzender

gez. Bruse
Berichterstatte

Protokollvermerk:

Die Verwaltung wird beauftragt:

Die zum Bereich des Kultur- und Freizeitausschuss gehörenden Fachämter und –abteilungen:

- Kultur- und Freizeitamt
- Stadtbibliothek
- Volkshochschule
- Theater Erlangen
- Stadtarchiv
- Stadtmuseum
- Kulturprojektbüro

teilen im Kultur- und Freizeitausschuss am **09.11.2011** mit,

1. welche Maßnahmen zur Inklusion in ihren Einrichtungen bereits vorhanden sind
2. welche Maßnahmen bis Ende 2011/ Anfang 2012 kurzfristig noch umgesetzt werden können.

mit 13 gegen 0 Stimmen

gez. Aßmus
Vorsitzende/r

gez. Obringer
Schriftführer/in

Beratung im Gremium: Schulausschuss am 06.10.2011

Protokollvermerk:

Es wird kein Gutachten gefasst. Das Thema Inklusion soll aber im nächsten Schulausschuss weiter behandelt werden.

Stimmen

gez. Aßmus
Vorsitzende

gez. Mahns
Berichterstatlerin

Beratung im Gremium: Sportausschuss am 11.10.2011

1. Alle städtischen Dienststellen sind aufgefordert die Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention bei ihrer Arbeit möglichst umfassend zu berücksichtigen. Die Umsetzungsvorschläge des Forums „Behinderte Menschen in Erlangen“ aus dem Workshop vom 04.05.2011 sollen dabei als erste Anhaltspunkte dienen.
2. Bei der Formulierung der jährlichen Arbeitsprogramme ist künftig das Thema „Inklusion – Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention“ grundsätzlich immer anzusprechen und ein entsprechender Handlungsbedarf, bzw. Verbesserungsmöglichkeiten ausdrücklich zu benennen.
3. Als städtische Beauftragte für alle Fragen der Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention in Erlangen wird künftig Frau Bürgermeisterin Dr. Preuß fungieren.

mit 13 gegen 0 Stimmen

gez. Aßmus
Vorsitzende

gez. Klement
Berichterstatler

Beratung im Gremium: Sportbeirat am 11.10.2011

1. Alle städtischen Dienststellen sind aufgefordert die Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention bei ihrer Arbeit möglichst umfassend zu berücksichtigen. Die Umsetzungsvorschläge des Forums „Behinderte Menschen in Erlangen“ aus dem Workshop vom 04.05.2011 sollen dabei als erste Anhaltspunkte dienen.
2. Bei der Formulierung der jährlichen Arbeitsprogramme ist künftig das Thema „Inklusion – Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention“ grundsätzlich immer anzusprechen und ein entsprechender Handlungsbedarf, bzw. Verbesserungsmöglichkeiten ausdrücklich zu benennen.
3. Als städtische Beauftragte für alle Fragen der Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention in Erlangen wird künftig Frau Bürgermeisterin Dr. Preuß fungieren.

mit 13 gegen 0 Stimmen

gez. Aßmus
Vorsitzende

gez. Klement
Berichterstatler

Protokollvermerk:

1. Die Verwaltung des Jugendamts wird beauftragt, mitzuteilen:
 - 1.1 welche Maßnahmen zur Inklusion in ihren Einrichtungen bereits vorhanden sind.
 - 1.2 welche Maßnahmen kurzfristig noch umgesetzt werden können.
2. Fr. StRin Hartwig schlägt vor, zur Sitzung, in der die o.g. Maßnahmen vorgestellt werden, ein Mitglied des Forums „Behinderte Menschen in Erlangen“ einzuladen.

Ziff. 1 und 2 einstimmig angenommen mit 11 gegen 0 Stimmen.

Ergebnis/Beschluss:

1. Alle städtischen Dienststellen sind aufgefordert die Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention bei ihrer Arbeit möglichst umfassend zu berücksichtigen. Die Umsetzungsvorschläge des Forums „Behinderte Menschen in Erlangen“ aus dem Workshop vom 04.05.2011 sollen dabei als erste Anhaltspunkte dienen.
2. Bei der Formulierung der jährlichen Arbeitsprogramme ist künftig das Thema „Inklusion – Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention“ grundsätzlich immer anzusprechen und ein entsprechender Handlungsbedarf, bzw. Verbesserungsmöglichkeiten ausdrücklich zu benennen.
3. Als städtische Beauftragte für alle Fragen der Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention in Erlangen wird künftig Frau Bürgermeisterin Dr. Preuß fungieren.

mit 11 gegen 0 Stimmen

gez. Aßmus
Vorsitzende/r

gez. Dr. Rossmeissl
Berichterstatter/in

- IV. Beschlusskontrolle
- V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
- VI. Zum Vorgang